

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 11.10.2007	Beginn 17:05 Uhr	Ende 18:37 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Flüshöh, Oliver

Vertretung für Herrn Hens

Frech, Paul

Hannuschka, Lutz

Kampschulte, Matthias

Rüttershoff, Heinz-Joachim

Zeilert, Hans-Jürgen

Philipp, Gerd

Schier, Peter

Werner, Gudrun

Vertretung für Herrn Stobbe

Gießwein, Brigitta

Gießwein, Marcel

Kranz, Jürgen

Siepmann, Ernst Walter

Schwunk, Michael

Ratsmitglied als Vertreter

Strelow, Martin

Teilnahme anstelle von Frau Weidner

Vorsitzender

Steinrücke, Jürgen Dr.

stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

stellv. Vorsitzender

Dresen, Günther

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Esser, Meinhard

Fischer, Rudolf

Guthier, Wilfried

Kaltenbach, Rosemarie

Kuss, Jürgen

Neuburg, Hanspeter

Voß, Jürgen

Schriftführer/in
Fischer, Rainer

Abwesend:

Mitglieder
Hens, Bernd
Stobbe, Jochen

Zu Beginn der Sitzung stellt der Bürgermeister fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Er teilt unter Bezug auf die vorgesehene Sondersitzung des Hauptausschusses am 29.10.07 (Beginn: **16:00 Uhr**) mit, dass

- der TOP A 10 (Entwicklung der Haushalte/Leitbildentwicklung) **von der Tagesordnung abgesetzt wird.**

Anschließend weist er auf die noch zur Sitzung auf den Tischen ausgelegten Unterlagen hin:

- Zu TOP A 5 (Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Schwelm):
 - Vorschlag einer modifizierten Fassung des Beschlussesentwurfes zu Nr. 1.1 mit Kurzstellungnahme des Gutachterbüros außerdem
 - die Ansiedlungsleitsätze zur Bewertung künftiger Einzelhandelsvorhaben mit Begleitschreiben der Verwaltung vom 10.10.07
- Zu TOP A 9 (Mündlicher Finanzbericht)
 - Übersichten über: die Inanspruchnahme von Kassenkrediten 2006/2007 und : Kreditaufnahmen/ Umschuldungen 2007
- Zu TOP A 12 neu eine Ergänzungsvorlage der Verwaltung Nr. 157/2007/1 (SPD-Antrag zum Entwurf der Landesregierung NRW für ein Kinderbildungsgesetz –KiBiz) als **Vorschlag zur Erweiterung der Tagesordnung.**
Die Erweiterung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.09.07
- 2 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 3 Mitteilungen
- 4 Einzelhandelskonzept Schwelm - Fortschreibung 154/2007
Sortimentsliste - Antrag der SWG-Fraktion v. 11.09.2007
- 5 Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für die Stadt 128/2007
Schwelm. Gutachten zur Zentrenrelevanz von
Sortimenten (Sortimentsliste)

6	4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 11 "Westfalendamm" (im beschleunigten Verfahren) - Aufstellungsbeschluss	142/2007
7	Personalwirtschaftskonzept 2007 - Fortschreibung Ausbildung	162/2007
8	Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe -Zinsen für Kassenkredite-	125/2007
9	Mündlicher Finanzbericht	
10	Entwicklung der Haushalte/Leitbildentwicklung	
11	Organisatorische Neuordnung des städtischen Gebäudemanagements	159/2007
12	SPD-Antrag zum Entwurf der Landesregierung NRW für ein Kinderbildungsgesetz (KiBiz)	157/2007/1

A Öffentliche Tagesordnung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.09.07

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x

2 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

3 Mitteilungen

keine

4 Einzelhandelskonzept Schwelm - Fortschreibung 154/2007 Sortimentsliste - Antrag der SWG-Fraktion v. 11.09.2007

Getrennte Abstimmung zum Beschlussentwurf des Antrages:

1. Nach einer Laufzeit von 5 Jahren soll eine Fortschreibung/ Aktualisierung der Sortimentsliste erfolgen.
2. Bisher bereits existierende, außerhalb des zentralen Innenstadtzentrums“ liegende „kleinflächige“ Geschäftsräume sollen eine Genehmigung zur Nutzungsänderung erhalten.

Abstimmungsergebnis zu einstimmig:
1:

dafür	4
dagegen:	13
Enthaltungen:	1
	abgelehnt

Abstimmungsergebnis zu einstimmig:
2:

dafür	1
dagegen:	17
Enthaltungen:	
	abgelehnt

5 Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für die Stadt Schwelm. Gutachten zur Zentrenrelevanz von Sortimenten (Sortimentsliste) 128/2007

Auf Vorschlag der Verwaltung wird die modifizierte Fassung des Beschlusentwurfes zu Nr. 1.1 des Gutachterbüros zur Abstimmung gestellt (Papierfassung im HA ausgehändigt sowie für Rat beigefügt.)

(Anmerkung: Die zu diesem Tagesordnungspunkt auf S. 2 dieser Niederschrift erwähnten Unterlagen sind der **elektronischen Protokollfassung komplett beigefügt.**)

Der geänderte Beschlusentwurf lautet deshalb wie folgt (**Änderung s. Fettdruck**):

1. Stellungnahme der WGS:

1.1 Der ZVB (Funktionaler Ergänzungsbereich, Abb. 1) wird in östlicher Richtung bis einschließlich Einmündung Hauptstraße/ Schillerstraße erweitert. Die Schillerstraße wird nicht Bestandteil des ZVB.

1.2 Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die Abgrenzung des Nahversorgungszentrums Möllenkotten wird nicht erweitert.

1.3 Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die Begriffe in dem Gutachten werden beibehalten.

2. Das Einzelhandelskonzept der Stadt Schwelm wird als Baustein der Stadtentwicklung beschlossen. Es dient zukünftig als Grundlage für weitere planerische Entscheidungen im Rahmen der Bauleitplanung und von Baugenehmigungsverfahren.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundsätze des Einzelhandelskonzept schrittweise in der Bauleitplanung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	3

6 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 11 "Westfalendamm" (im beschleunigten Verfahren) - Aufstellungsbeschluss 142/2007

1. Gemäß § 2 Abs. 1 und 4 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) in Verbindung mit § 13a BauGB wird die Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Westfalendamm“ im beschleunigten Verfahren beschlossen. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 5 BauGB, vom Umweltbericht nach § 2a BauGB, der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; § 4c BauGB (Monitoring) ist nicht anzuwenden. Das Plangebiet

beinhaltet die Flurstücke Gemarkung Schwelm, Flur 21, Flurstücke 387 (tlw.), 511 (tlw.), 545, 546, 547 und 596 (tlw).

2. Von einer frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird abgesehen. Nach § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ist ortsüblich bekannt zu machen, wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann und dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer Frist von 14 Tagen zur Planung äußern kann.
3. Die entgegenstehenden Darstellungen des Flächennutzungsplanes werden nach der Rechtskraft der Bebauungsplanänderung im Wege der Berichtigung gemäß § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 angepasst werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

7 Personalwirtschaftskonzept 2007 - Fortschreibung Ausbildung 162/2007

Das fortgeschriebene Personalwirtschaftskonzept 2007 wird beschlossen.
Die hier dargestellten Ausbildungsplätze werden als notwendig und unabweisbar im Sinne des § 82 GO erachtet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

8 Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe - Zinsen für Kassenkredite- 125/2007

Im Verwaltungshaushalt 2007 werden bei der Haushaltsstelle 9110.806003 -Zinsen für Kassenkredite- überplanmäßig 601.000 € bereit gestellt.
Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 9000.010000 – Anteil an der Einkommensteuer - .

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

9 Mündlicher Finanzbericht

Herr Voß gibt folgenden Finanzbericht:
„Auf die ausgelegten Unterlagen (Anmerkung: Elektronische Fassung – im einzelnen s. dazu S. 2 - ist der Niederschrift **als Anlage beigefügt**) hat der Bürgermeister schon hingewiesen. Wie schon in den letzten Sitzungen, so möchte

ich auch heute über einige Details aus der Vorbereitung der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzsystem (NKF) berichten.

Am 15.10.2007 wird um 17.00 Uhr die 2. Sitzung des Arbeitskreises NKF stattfinden. Es ist vorgesehen, an einem ersten Produktbeispiel auf der Basis der für 2008 gemeldeten Zahlen die Kamera-darstellung (fiktiv) und die Neudarstellung im NKF vorzutragen und zu besprechen. Wir haben als erstes Produkt die Feuerwehr ausgesucht, weil zwischen alter und neuer Darstellung eine hohe Übereinstimmung und ein hoher Wiedererkennungswert besteht. Ein weiteres Beispiel werden wir für die darauf folgende Sitzung vorbereiten, hier ist vorgesehen mit dem Unterabschnitt 4000 – Sozialverwaltung- ein solches Beispiel zu bringen, das aufzeigt, wie vertraute Bereiche im NKF völlig aufgelöst werden.

Für die Ausschussberatungen ab November beabsichtigen wir, in ähnlicher Weise den Ausschüssen ein Beispiel aus ihrem Fachbereich vorzustellen. Die Ausschussmitglieder sollen vorab einen kurzen textlichen Überblick, quasi eine Einführung in das neue System, mit übersandt bekommen.

In der Sitzung der Finanzdezernenten am 21.09.07 ist mit der Aufsicht, die an dieser Sitzung teilgenommen hat, abgestimmt worden, das wegen der fehlenden Vergleichbarkeit im neuen Haushaltsplan die beiden Vorjahre 2007 und 2006 nicht mit Zahlen ausgefüllt werden.

In der gleichen Sitzung wurde über das Problem der Indizierung von Sonderposten, z. B. Zuwendungen oder KG-Beiträgen beraten. Eine einheitliche Einschätzung ergab sich nicht. Wir haben hierzu eine Stellungnahme der Gemeindeprüfungsanstalt eingeholt. Danach sind sowohl die historischen Herstellungskosten als auch die historischen Sonderposten zu indizieren in der Weise, dass in der Relation der beiden historischen Werte auch deren Zeitwerte darzustellen sind. Folge davon wird sein, dass alle Straßenakten im FB 6 durchgesehen werden müssen, um an diese Ausgangswerte zu kommen. Diese umfangreiche Arbeit wird bis zur Etateinbringung nicht abgeschlossen werden können, so dass wir beabsichtigen, die erste Rate (Ergebnis etwa Mitte bis 20.11.07) darzustellen und die zweite Rate, d. h. die kompletten Zahlen über Änderungsliste in die Beratung mit einzubringen. Die durch die Indizierung der Herstellungskosten zu erwartende hohe Abschreibung wird durch die Auflösung der nunmehr höheren Rückstellung für Sonderposten gemildert. Für die Einzeldarstellung der Investitionen beabsichtigen wir von einer Wertgrenze von 10.000 Euro auszugehen. Diese Grenze passt sich in das Bild der Wertgrenzen der Nachbarstädte ein. Spätestens bei Verabschiedung müsste diese Wertgrenze vom Rat festgelegt werden.

Zur Erläuterung der Personalkostendarstellung im neuen System haben wir vor, im Bereich der Kennzahlen die Personalausstattung, d. h. die Stellenanzahlen und die neuen Belastungen aus z. B. Rückstellungen mit anzugeben.“

10 Entwicklung der Haushalte/Leitbildentwicklung

Abgesetzt

In der Diskussion sind die Fragen nach

- dem wirtschaftlichen Vorteil und
- der größeren Leistungsfähigkeit

bei einer Auslagerung des Gebäudemanagements (GM) aus der Verwaltung und Überführung in eine/n Eigenbetrieb/ eigenbetriebsähnliche Einrichtung - diese Darstellung fehle in der Vorlage - von zentraler Bedeutung.

Dabei wird auch die mündliche Begründung der Verwaltungsleitung von einzelnen Mitgliedern kritisch hinterfragt und nicht für ausreichend gehalten, nämlich, dass durch die Zusammenführung des GM mit dem Bereich Hochbau aus den TBS eine Schnittstelle weniger vorhanden und die dann bestehende Kontrolle durch die Bildung eines Werksausschusses als demokratischem Begleitausschuss möglich sei. Eine Zusammenführung von GM und Hochbau könne auch unter dem Dach der Verwaltung und unter der Kontrolle des Hauptausschusses und des Rates erfolgen. Als wichtiges Argument gegen einen Grundsatzbeschluss zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird weiterhin der Umstand in´s Feld geführt, dass

- der Prüfungsbericht zum Pachtvertrag mit der „Tafelfreuden GmbH“ noch viele offene Fragen aufweise und erst nach deren Beantwortung Schlüsse zur zukünftigen Organisation des GBM gezogen werden könnten.
- Ebenso sei mit zu prüfen, ob nicht gleichermaßen andere Dienststellen – so z.B. die ADV – sinnvoller Weise als Eigenbetrieb umgewandelt werden sollten, wenn diese Ausgestaltung für das GM so vorteilhaft sei.
- Im übrigen bestehe kein Zeitdruck, für das GM bereits jetzt zu entscheiden – auch wenn sich die Vorbereitungsarbeiten im Falle seiner Überführung in einen Eigenbetrieb bei jetziger Weichenstellung nach Einschätzung von Herrn Voß mindestens bis zum 01.07.08 hinziehen würden.

Dr. Steinrücke hält demgegenüber für die Verwaltungsleitung den vorgeschlagenen Grundsatzbeschluss zum jetzigen Zeitpunkt für notwendig.

Am Ende der Diskussion stellt Herr Kranz für die SWG-Fraktion einen **Vertagungsantrag**, über den zunächst , wie folgt, abgestimmt wird:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	1
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	9
		abgelehnt

Anschließend wird zum Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage, wie folgt, abgestimmt:
Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, baldmöglichst ein Konzept zur organisatorischen Neuordnung des städtischen Gebäudemanagements vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	9
	dagegen:	9
	Enthaltungen:	
		abgelehnt

**12 SPD-Antrag zum Entwurf der Landesregierung NRW 157/2007/1
für ein Kinderbildungsgesetz (KiBiz)**

Der Antrag der SPD-Fraktion zum Entwurf der Landesregierung NRW für ein Kinderbildungsgesetz (KiBiz) wird zur Vorberatung an den Jugendhilfeausschuss und anschließenden Entscheidung an den Rat verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 10 der Sitzungsniederschrift **einschließlich der elektronischen Unterlagen zu TOP A 5 und A 9** vom heutigen Tage.

Schwelm, den 19.10.07

Schriftführer
gez. Rainer Fischer

Der Bürgermeister
gez. Dr. Steinrücke